

- sehen Handelns, der örtlichen Bürgerinitiativen, der Interessenverbände, der politischen Vereinigungen und Parteien untereinander;
- für den Respekt vor der Würde eines jeden Menschen und vor seinem Recht auf ein sinnerfülltes Leben, unabhängig von Krankheit, Behinderung, Alter, sozialem oder nationalem Status...

2. Für eine sozial und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft

Eine Wirtschaft frei und selbstverantwortlich handelnder produzierender Gemeinschaften kann nur eine Marktwirtschaft sein. Sie muß vom Gemeinsinn der Beteiligten getragen und durch den demokratischen Rechtsstaat dem Gemeinwohl verpflichtet werden...

Der Übergang zu einer Marktwirtschaft muß zügig und entschlossen mit einer klaren Perspektive eingeleitet werden: baldiger Wirtschafts- und Währungsverbund mit der Bundesrepublik im Rahmen der europäischen Integration...

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfolgt durch die Freigabe der Preise und Handelsspanne einerseits und befristete Tarifverträge andererseits. Damit beginnt ein selbsttätiger Regelungsprozeß, der auch die Währungsparität zur D-Mark einschließt...

Die Ökologisierung der Wirtschaft ist eine der größten Aufgaben der Gesellschaft. Diese Aufgabe muß durch die Gesetzgebung getragen werden...

4. Deutschlandpolitische Orientierung

Wir wollen gemeinsam mit allen reformwilligen Kräften in beiden deutschen Staaten eine neue politische Einheit gestalten, gegründet auf eine solidarische Gesellschaft. Diese neue Einheit sollte das Ergebnis eines Prozesses der gegenseitigen Annäherung und der politischen und sozialen Reformen in beiden deutschen Staaten sein. Ein solcher Prozeß soll sich gewaltfrei, unter Respektierung bestehender Vertragswerke und internationaler Verpflichtungen, im Einvernehmen mit den alliierten Mächten und unter Mitwirkung aller europäischen Nachbarn vollziehen...

Dabei müssen beide deutsche Staaten von ihrer Eigenständigkeit ausgehen, gleichberechtigt sein, dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben und soziale und ökologische Belange beachten.

Der Drei-Stufen-Plan der Nationalen Einigung vom 14. Dezember 1989 ist Bestandteil dieses Programms.

Die Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT lehnt ab, die beiden deutschen Staaten durch Wiedervereinigung in Form des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik zusammenzuführen.

Das gleiche gilt gegenüber jedem Versuch, diese Einheit sofort zu realisieren oder zu erzwingen.

Die Einheit der beiden deutschen Staaten kann nur das Ergebnis eines politischen Prozesses sein, in den alle Verantwortlichen und Betroffenen einzubeziehen sind.

5. Für ein gemeinsames Europa - außenpolitische Orientierung

Eine neue Außenpolitik der DDR muß der Versuchung widerstehen, sich einseitig auf die deutsche Frage zu konzentrieren...

Eine neue Außenpolitik der DDR muß sich dem Ziel eines freien, demokratischen